

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal, Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentlich Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Münstersches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M. durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die begehrtete Postzeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg., Druckaufschlag 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen unentgeltlich geschriebener oder durch Fernsprecher angegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 27

Donnerstag, den 6. März 1930

32. Jahrg.

Sonnabend, den 8. März

## Kram- und Viehmarkt

in Kemberg.  
Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr.  
Kemberg, den 3. März 1930.

32] Der Magistrat.

## Steuern.

Die für den Monat März fälligen Grundvermögens- (Grund- und Gebäudesteuern) Hauszins- und Stadtsteuern, sowie sämtliche Reste aus Vormonaten sind dem 15. März bei unserer Kämmerlei einzuzahlen.

Für alle nach dem 15. März eingehenden Verträge müssen 10 vom Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 4. März 1930.

33] Der Magistrat.

## Neues in Kürze.

\* In den Regierungskreisen wird eifrig daran gearbeitet, die Gegensätze zu den auseinanderstrebenden Parteien zu überbrücken und so die Krisis zu überwinden.

\* Ministerpräsident Brüning hält eifrig Besprechungen ab, die dem Zwecke dienen, ein neues Steuerrecht für Frankreich zu schaffen.

\* Die Lage in Spanien hat sich in den letzten Tagen erheblich verschlechtert, so daß mit einem Wiedereintritt des Ministeriums Berenguer gerechnet werden muß.

\* Für den 6. März planen die Kommunisten überall große Aktionen, denen aber die Polizei wohlgezügelter gegenübersteht.

## Krisis um hundert Millionen?

Hundert Millionen hat keine Kleinigkeit. Sie bedeuten auch im Reichshaushalt, bedeuten für den Steuerzahler eine erhebliche Summe Geld. Aber diese hundert Millionen sind kein Betrag, um deswillen eine Krise sich lohnt. Um diese hundert Millionen geht es aber jetzt. Es fehlen hundert Millionen für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930. Wie diese hundert Millionen zu beschaffen sind, um der Reichsanstalt über ein sehr schwieriges Jahr hinwegzuhelfen, darum geht jetzt der ganze Streit. Oder jedenfalls: diese hundert Millionen sind der sichtbare Ausdruck dieses Streites. Die Volkspartei will hundert Millionen einplanen durch eine Reform bei der Arbeitslosenversicherung. Auf der anderen Seite wird ein sogenanntes Notopfer gefordert. Welcher Mittelweg gefunden wird, läßt sich noch nicht übersehen. Eins aber ist sicher: Eine Krise darf es um dieser hundert Millionen willen nicht geben. Denn sonst könnte es sehr leicht passieren, daß eine Wirtschaftskrise eintritt, die ein Vielfaches von den hundert Millionen bedeuten würde. Die Schäden für die Wirtschaft wäre, bei Licht besehen, so groß, daß man hinterher sich nur wundern würde, wie ein solcher Streit solche Wirkungen haben konnte.

Der Ausgangspunkt des Streites ist die Arbeitslosenversicherung. Wir haben im Herbst vorigen Jahres Reformen durchgeführt, die, wie sozialpolitische Sachverständige erklären, dahin geführt haben, daß eine Million Arbeitsloser weniger Unterstützung bezieht als vor dem. Davon werden rund 3/4 Millionen durch die Arbeitslosenversicherung erfasst, und 2/4 Millionen beziehen Arbeitslosenunterstützung. Die Entlastung der Reichsanstalt um diese eine Million bedeutet nun aber keine Entlastung überhaupt, sondern diese Million fällt zu einem sehr erheblichen Teil der Wohlfahrtsfürsorge der Kommunen zur Last. Das sind diejenigen, die in der Krisenfrist große Steuern zu zahlen haben, die in der Krisenfrist große Steuern zu zahlen müssen. Denn das ist doch klar, daß keine Partei, möge sie heißen was sie will, die Arbeitslosen verhungern lassen kann. Sollen nun noch einmal Reformen der Arbeitslosenversicherung versucht werden? Daß in der Vermaltung noch nicht alles in Ordnung ist, das darf man ruhig behaupten. Das ist auch gar kein Wunder, und man braucht auch gar keine Schuldfrage deshalb zu stellen. Denn eine Vermaltung, die 3/4 Millionen Menschen zu betreuen hat, die auch eine Arbeitsmarktpolitik außerdem treiben soll, und die in so kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde, kann gar nicht fehlerlos arbeiten. Menschenerwerb bleibt Menschenerwerb. Und selbst das beste Gesetz würde diesen Zustand wohl kaum ändern. Natürlich gibt es Systemfehler, und wenn man den Anregungen seinerzeit gefolgt wäre, die eine Aufteilung der Arbeitslosenversicherung in Gefahrenklassen

verlangten, wäre überhört manches besser. Wie die Dinge aber jetzt liegen, bedeutet eine neue Einparnung eine Leistungseinschränkung, und das kann man den Betroffenen sehr schwer antun.

Es muß aber weiter bedacht werden, daß dieses Jahr 1930 besonders kritisch ist. Einmal steht dieses Jahr unter der Auswirkung des Konjunkturrückfalls. Schon mehrten sich die Zeichen, daß es wieder aufwärts geht. In welchem Tempo und in welchem Maße, darüber ist Prognose sehr schwer. Zum anderen aber kommen in den nächsten Jahren die geringen Kriegsgeburtensjahrgänge auf den Arbeitsmarkt, der dadurch entlastet wird, und dadurch wird auch die Arbeitslosenversicherung entlastet. Das Jahr 1930 ist also als ein Sonderfall in einem Sonderjahr anzusehen.

Nun ist der Gedanke des Notopfers der Beamten und Festbediensteten aufgetaucht. Eine engstirnige Formulierung hat dieser Plan noch nicht gefunden, und man kann deshalb über ihn nur sprechen, soweit er bekannt geworden ist. Es ist natürlich einmal ein ethisch nicht zu befreiendes Gebanke, daß diejenigen, die von den Gefahren der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht betroffen sind, in diesem Sonderfall einmal einen besonderen Beitrag leisten, und man könnte sich sehr gut vorstellen, daß es sehr klug gewesen wäre, wenn die Beamten ihre Führer beauftragt hätten, für dieses Jahr ein solches Angebot zu machen. Das ist nun nicht geschehen, und es ist auf der anderen Seite unverständlich, daß ein Notopfer eine Verkürzung der Beamtenbeholdung bedeutet. Eine solche Verkürzung kann aber nur mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Daß eine solche Mehrheit im Reichstag zustande kommt, ist aber kaum anzunehmen. Auch die Sinecizung der Festbediensteten trägt in mancher Weise den Charakter einer Sondersteuer, der besser zu vermeiden ist. Die Festbediensteten, worunter wir die leitenden Angestellten verstehen wollen, sind in der Einkommensteuer bzw. den freimülligen Versicherungsbeiträgen benachteiligt. Sie haben vielfach auch jahrelang Angestelltenversicherungsbeiträge zahlen müssen und sind dann später über die Versicherung hinaus gekommen. Es ist auch nicht einsehbar, warum der Direktor eines Betriebes zu diesem Notopfer herangezogen werden soll, nicht aber der Chef. Wenn schon ein solches Notopfer notwendig und unabwendbar ist, dann muß der Gedanke der Steuererleichterung soweit wie möglich Platz greifen, und dann muß ein Notopfer aller Leistungsfähigen beschlossen werden.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg, und hier muß der Weg der Verständigung gefunden werden. Den Ausgang einer Krise können wir uns einfach nicht leisten. Die Parteien haben sich genug auseinandergesetzt. Jetzt ist es Zeit, daß gehandelt wird. Das Volk will keine Krise. Es will, daß in der Reichsregierung und im Reichstag sich der Wille zur Einigung zeigt.

## Schicksalsstunde des Reichskabinetts.

Was bringen die nächsten Stunden?

— Berlin, 4. März.

Die Situation ist vor wie nach ungleich, wenn auch der Bruch der Koalition, der vielfach erwartet worden ist, vorläufig noch einmal vermieden, oder vielleicht auch nur hinausgeschoben worden ist. Es scheint eben jeder Minister vor der Verantwortung zurück, die in der augenblicklichen außerordentlich schwierigen Lage auf jedem Einzelnen ruht. Daher wird immer und immer wieder nach einem Wege gesucht, der sowohl dem Verlangen des Zentrums nach Festlegung der Pläne für die Sanierung der Reichsstaats- und der Reichsfinanzen entspricht wie auch dem Verlangen der Deutschen Volkspartei nach Unterlassung jeder weiteren Befragung des Einkommens oder des Vermögens.

Dabei ist die Forderung auf eine engstirnige Einigung in letzter Minute äußerst gering, die selbst auch nur in dem letzten Augenblicke an die Folgen eines Bruches für die weitere Entwicklung unserer politischen Verhältnisse. Scheitert die D.V.P. tatsächlich aus der Koalition aus und zieht ihre Minister aus dem Kabinett zurück, so ist mit der Demission des Gesamtkabinetts zu rechnen, und da die Weimarer Koalition bestimmt keine dauerhaften und festen Mehrheitsverhältnisse darstellen wird, so muß in diesem Falle mit Neuwahlen gerechnet werden, eine Tatsache, die außer den äußersten Flügelparteien von niemandem zurück gemindert werden wird. Daß außer den innerpolitischen Wirren, die dann selbstverständlich sich heraufziehen werden, auch außenpolitisch für Deutschland sehr schwere Verhältnisse entstehen werden, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

## Reichsausschuss der D. V. P. gegen das Notopfer.

Über die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei teilt die Nationalliberale Korrespondenz folgendes mit:

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei trat zu einer zahlreich besuchten Sitzung im Reichsclub der Deut-

chen Volkspartei zusammen. Das Notopfer über die politische Lage erörterte der Parteivorsteher, Reichsminister a. D. Dr. Schulz. Er hob den großen Ernst der politischen Lage hervor und bezeichnete unter der fürstlichen und einflussreichen Zustimmung des Reichsausschusses die Finanzreform als eine Finanzreform mit dem Ziele, die deutsche Produktion zu entlasten, die Kapitalbildung zu fördern und den Arbeitsmarkt zu beleben, für das politische Kernproblem.

Am Anfang dieser Reform dürfte logischerweise keine Erhöhung der direkten Steuern stehen, auch nicht in der verschleierten Form eines sogenannten Notopfers der Festbediensteten, dessen verfassungswidrige Zulässigkeit höchst zweifelhaft ist, dessen Wirkung aber in einer Sinecizung der Arbeitslosenversicherung bestehen würde.

Die überaus freiwillig aufgenommenen Darlegungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer bewegten sich in gleicher Richtung.

## In der Aussprache.

An der sich Vertreter aus allen Teilen des Reiches beteiligten, unterföhrigen sämtliche Redner ohne Ausnahme die Richtigkeit dieser Auffassung auf das Lebhafteste. Ebenfalls allgemein und überzeugend kam zum Ausdruck, daß das deutsche Volk an einem Wendepunkt stehe, der über Leben und Sterben seiner Wirtschaft entscheide. Die Partei müsse deshalb im Interesse der deutschen Zukunft unerbittlich an dem jetzt eingeschlagenen Kurs festhalten.

In keinem Schlusswort konnte Dr. Schulz unter dem sich erneuernden lebhaften Beifall der Versammlung die absolute Einmütigkeit des ganzen Reichsausschusses in dieser Frage feststellen.

## Auch die Demokraten fragen.

Die demokratische Reichstagsfraktion sah nach vierstündiger Beratung einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: Die Fraktion vertritt sich nicht der Ansicht, daß namentlich durch die sogenannte lex Schulz zur Deckung des Reichsdefizits eine Erhöhung der Löhne für das Jahr 1930 unabwendbar ist. Es erhebt gegen das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers keine grundsätzlichen Einwendungen; dagegen lehnt sie es ab, in eine Erhöhung der direkten Steuern zu willigen, nachdem noch vor kurzem die weitestgehende Minderbestimmung über die Notwendigkeit der verstärkten Kapitalbildung konstatiert und demgemäß die Senkung dieser hemmenden Steuern von der jetzigen Regierung und insbesondere von dem bisherigen sozialdemokratischen Reichsfinanzminister angefordert worden ist. Sie teilt auch die ersten Bedenken gegen das sogenannte Notopfer der Festbediensteten.

## Ein Kompromissvorschlag.

Die Fraktion würdigt jedoch den ungetrübten Ernst der Lage, den die Parteien der Reichstagsfraktionen und die Arbeitslosigkeit immer weiter zunehmenden Konjunkturrückgang, die unübersehbare Lage der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen, die wachsenden radikalen Strömungen. Eine Regierungskrisis in diesem Augenblicke droht eine Katastrophe heraufzubehämmern. Die Fraktion billigt deshalb die vermittelnde Haltung des Ministers Dietrich und bittet ihn, auch weiterhin auf eine die Krisis vermeidende Verständigung hinzuwirken.

Sie stellt, um zu einer solchen beizutragen, die Frage zur Erörterung, ob nicht ohne Nachteil für die Kapitalbildung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch einen einmaligen und provisorischen Vorkursbeitrag zur Verringerung der gegenwärtigen Finanznot beitragen und zugleich einer künftigen wirtschaftlichen Finanzreform den Weg bereiten könne. Dabei wird gewünscht, daß die Mehrzahl im Jahre 1931 wiederhergestellt wird, etwa in der Weise, daß bei einer Reichsanleihe ausgeschrieben wird, die bei der Steuerentlastung im Jahre 1931 in Zahlung genommen werden muß. Dabei wäre gleichfalls festzustellen, daß die Verkleinerung des Staatsausfalls im Jahre 1931 (durch Wegfall der 450 Millionen Ausgaben) zu einer Senkung der direkten Steuern benutzt wird.

## Die Sitzung des Reichskabinetts.

Amlich wird mitgeteilt: In einer Ministerbesprechung unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers wurde über die Sachlage vorläufig zum Reichsausschuss 1930 beraten. Die Verhandlungen über die Steuererleichterung und Steuerentlastungsmaßnahmen für 1931 und die damit zusammenhängenden Fragen werden fortgesetzt.

## Man ist wieder zuverlässig.

Nach der Ministerbesprechung wird in Regierungskreisen die Lage wieder etwas zuverlässiger beurteilt. Ebenfalls soll nichts unverändert bleiben, um eine Krise zu vermeiden. Bemerkenswert ist, daß in der amtlichen Verlautbarung über die Ministerbesprechung, an der übrigens Minister Curtius teilgenommen hat, zum ersten Mal eine Steuerentlastung für 1931 die Rede ist. Gerade an diese Tatsache knüpft sich bei den übrigen Regierungsparteien die Hoffnung, daß der Widerstand der Deutschen Volkspartei doch noch in irgendeiner Form überwunden werden könne. Man glaubt im übrigen, daß, falls im

Kabinett irgendwelche Beschlüsse zum Haushalt 1930 gefasst werden sollten, diese nicht noch einmal an die Parteien herangetragen, sondern einmütig fassen würden und als fertige Vorlage den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden sollen.

## Das Suchen nach einem Ausweg.

Zufußig zur Einkommensteuer statt Notopfer.

Berlin, 5. März.

Das Reichskabinett trat zusammen, um die Beratungen über die Steuerorschläge, insbesondere über die Aufbringung von 100 Millionen durch eine Befragung der bessergestellten Volksschichten fortzusetzen. Die Sitzung begann er nachmittags, damit die entsprechenden Beschlüsse inzwischen im einzelnen ausgearbeitet werden können.

Man hat die Begründung „Notopfer“ nunmehr fallen gelassen und an ihrer Stelle einen allgemeinen Zufußig auf die Einkommensteuer, die eine breitere Grundlage der Sonderbelastung bietet, als das sogenannte Notopfer und die es auch ermöglicht, diese Sondersteuer weitgehend zu staffeln. Praktisch würden danach die zu zahlenden Einkommen etwa die sein, für die Steuererklärungen abgegeben werden müssen.

In Kreisen der Deutschen Volkspartei sieht man aber auch diesen Vorschlag nach wie vor mit der größten Skepsis gegenüber. Wenn auch die Bestimmung des Steuerzuschlages im Sinne des Wortlautes der amtlichen Mitteilung über die Kabinettssitzung die neue Befragung durch die Folge ausgedeutet werden, daß für den Haushalt 1931 Steuererhebungen vorgenommen werden sollen, so besteht für eine solche Folge nach Ansicht der Deutschen Volkspartei weder eine rechtliche noch eine parlamentarische Garantie. Andererseits besteht aber das Zentrum nicht daran, auf das Zentrum zwischen Haushaltsplan 1930 und Annahme der Youngschele zu verzichten, so daß kein Weg gesehen werden kann, der die Annahme der Youngschele unter Verzicht auf eine Eintragung über den Haushalt 1930 ermöglichen würde. Gleichwohl scheint man in Kreisen der Deutschen Volkspartei, insbesondere denjenigen, die der Wirtschaft nahe stehen, grundsätzlich darauf hinwirken zu wollen, daß die im Hinblick auf die notwendige Neuordnung der Finanzwirtschaft nach ihrer Ansicht nicht mehr aufrecht zu erhaltende Koalition mit den Sozialdemokraten über kurz oder lang ein Ende findet.

## Die Sozialdemokraten für Kompromiß?

Weder die Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes im Reichstag wurde folgende parteiamtliche Verlautbarung herausgegeben:

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörende Minister teilnahmen und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Bericht erstattet wurde.

Es wurden keine Beschlüsse gefasst, doch herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Youngschele nicht durch innerpolitische Streitigkeiten verzögert werden darf und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden muß, die sowohl der Wirtschaft als auch der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterbevölkerung, in dem bisherigen Umfang gewährleistet, als auch dem Gedanken eines Opfers der Besitzenden für die Sanierung Rechnung trägt.

## Grzeffniks Nachfolger.

Amstübernahme des Innenministers Prof. Dr. Waentig.

Berlin, 5. März.

Unter der Führung des Staatssekretärs Dr. Wegge versammelten sich die Beamten, Angestellten und Arbeiter des preussischen Ministeriums des Innern im Palais des Ministeriums, um ihren neuen Chef zu begrüßen. Nachdem Staatssekretär Dr. Wegge eine Begrüßungsansprache gehalten hatte, dankte Minister Prof. Dr. Waentig dem Staatssekretär und legte anschließend u. a.:

Ich habe dies hohe Amt, das ich heute antrrete, nicht gesucht. Auf höheren Wunsch habe ich mich in die Brücke gestellt, weil der tapferere Streiter ermattet sei hat räumen müssen. Vielleicht habe ich deshalb schon ein gewisses Recht auf Ihre Sympathie. Dem Vorbild der zwei Männer Seewering und Grzeffnik werde ich versuchen, als Minister nachzuleben. Ich weiß, daß ein Chef nichts vollbringen kann, wenn er sich nicht

voll auf seine Mitarbeiter zu verlassen und zu führen imstande ist. Und es aber bitte ich Sie, gegen die Verantwortung gegen Vertrauen. Für jeden meiner Mitarbeiter wird meine Ehr-, mein Ehr- und - wenn man es wünscht - auch mein Herz offen stehen. Der Dienst an der gemeinsamen Sache soll uns binden. Ich bitte Sie, im Sinne bester und vertrauensvoller Mitarbeiter mit mir heranzugehen an unsere gemeinsame Arbeit im Dienste von Volk und Staat.

Minister Prof. Dr. Waentig ließ sich anschließend die Angehörigen des Ministeriums vorstellen und trat dann sein neues Amt an.

## Weltrevolution am 6. März.

Hungemärche nach Berlin.

Berlin, 5. März.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat eine große Aktion dringend nötig, um ihre Kräfte zusammenzufassen, die gerade in den letzten Wochen zu zerbröckeln begannen. Aus den verschiedensten Städten des Reiches kommen Nachrichten über Aufspaltungen von der Partei und Neugründung von Sondergruppen oder Austritte meist oder weniger prominenter Parteimitglieder, die sich teils der Sozialdemokratie anschließen, teils Hölzer bleiben, auf alle Fälle aber der kommunistischen Bewegung verloren sind. Man hält es daher für nötig, sich selbst und der Umwelt die ungeschwächte Kraft der Partei möglichst sinnfällig zu demonstrieren.

Für diesen Zweck ist der 6. März gewählt, an dem in der Reichshauptstadt und an anderen Orten große Demonstrationen stattfinden sollen. Der Sintergedanke, der in der Vorbereitung dieser Kundgebungen deutlich zu spüren ist, geht dahin, daß es gelingen möge, Zusammenstöße und Unruhen zu provozieren und eine neue Auflage der Vorgänge zu schaffen, die im Mai des vergangenen Jahres Berlin und andere Städte in Unruhe hielten. Man glaubt die gespannte politische Lage und die besonders kritische Situation des Arbeitsmarktes auszunutzen zu können, und die starke Aktivität nützt die Hoffnung, daß es auf irgendeine Weise gelingen möge, Unordnung zu schaffen und im Trüben zu fischen.

Es gibt freilich auch in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands kritische Beurteiler der Situation und der Möglichkeiten einer solchen kommunistischen Aktion, und unmittelbar vor dem in Aussicht genommenen Termin für März ist auf die Strafe für eine übertriebene Ausweitung der Aktion in Gang gekommen zwischen den Anhängern und der Partei ausgeübten Berliner Funktionen und der Parteileitung. Die Fragen, die von den Aktivistinnen an die verantwortlichen Parteifunktionäre gestellt werden, zeigen deutlich die Zweifel an der Richtigkeit und an den Aussichten der von Moskau diktierten Methoden.

Schon diese innere Unisicherheit sollte dafür bürgen, daß auch diesmal die kommunistische Aktion zusammenbrechen wird, umso mehr, wenn die dazu berufenen Zeitungen, welche durch die Erfahrungen vom vergangenen Mai, die Abwehr richtig handhaben und sie sich auf die einmütige Unterstützung der sozialistischen Elemente aus allen anderen Parteien stützen können.

## Tardieu an der Arbeit.

Er will ein neues Steuersystem für Frankreich schaffen.

Paris, 5. März.

Ministerpräsident Tardieu hat mit den Ministern und Unterstaatssekretären des Finanzministeriums, des Haushaltsministeriums und des Ministeriums für öffentliche Arbeiten sowie mit dem Unterstaatssekretär Poncet beraten. Als letzter wurde dann der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, empfangen.

Alle diese Besprechungen lassen erkennen, welche Sorge Tardieu im Augenblick erfüllt und welchen wirtschaftlichen und finanziellen Charakter er seinem neuen Kabinett geben will. In der Regierungserklärung, die Tardieu aufsetzen und dem Kabinettsrat übergeben will, wird nicht allein auf die Beschleunigung der Steuererleichterungen hingewiesen, sondern Tardieu wird sich bemühen, bei dieser Gelegenheit Frankreich ein vollständig neues Steuersystem zu schaffen.

Sobald das neue französische Kabinett den Kammern vorgelegt sein wird, wird die französische Abordnung für die Plottentorenz nach London abreisen. Möglicherweise wird Ministerpräsident Tardieu selbst am Donnerstag nachfolgen, um am Sonntag mit Macdonald zu verhandeln und

am Montag wieder nach Paris zurückzukehren zu können. Am Donnerstag werden die beiden Unterhändler Frankreichs für die Genfer Zollkonferenz, Giandin und Robert Carot, nach Genf abreisen.

## Ein neues französisches Flottenmemo andum.

Tardieu hofft, bald wieder in London am Verhandlungstisch der Flottenkonferenz erscheinen zu können. Es wird bereits angeklagt, daß er ein neues Memorandum mitbringen wird, in dem die französische Fregatennote nach einmal ihren Standpunkt klarlegen und das Maß der ihr möglich erscheinenden Zugeständnisse fixieren werde. Es wird hinzugefügt, daß Frankreich bereit wäre, auf einen Sondervertrag zu verzichten, wenn in einem allgemeinen Vertrag über die Flottenbeschränkungen die Frage der allgemeinen Sicherheit klar herausgestellt würde.

## Am freier wirken zu können.

Professor Hollpach legt sein Reichstagsmandat nieder.

Berlin, 4. März.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete, der Heidelberger Universitätsprofessor und Staatspräsident a. D. Dr. Hollpach, hat seinen Austritt aus der demokratischen Reichstagsfraktion erklärt und sein Reichstagsmandat niedergelegt.

## Rein Notopfer

Berlin, 5. März.

In Berliner politischen Kreisen wird das Communiqué über die gefällige Kabinettssitzung als eine Befähigung der optischeren Beurteilung angesehen, die die parlamentarische Lage leichter erträgt hat. Man hat den Eindruck, daß dem Kabinett vom Reichsfinanzminister Dr. Moldenbauer gestern nachmittags eine neue W o r s i d l a g vorgelegt worden ist. Die lange Dauer der Kabinettberatungen spricht auch dafür, daß der Vorschlag mit allem Ernst und mit aller Ausführlichkeit diskutiert wurde.

Der neue Vorschlag wird aus guten Gründen geheime gehalten; man kann aber, was ja auch in dem Communiqué angedeutet wird, annehmen, daß er den parlamentarischen Kreisen der Deutschen Volkspartei nach einer späteren Ausdeutung und Steuererhebung Rechnung trägt und auf der anderen Seite für die Reorganisation der Arbeitslosenversicherung einen Weg sucht, auf dem die sozialdemokratischen Bedenken berücksichtigt werden. Auf diese Weise dürfte man ohne eine weitere Erhöhung der direkten Steuern auskommen. Sogarfalls hält man es in politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß es heute gelingt, ein Kompromiß herbeizuführen, durch das die Regierungstrife der letzten Tage beendet wird.

Nach weiteren Besprechungen kann das Projekt eines Notopfers als erledigt angesehen werden. Der Plan Moldenbauers sieht offenbar eine Defizit des 100-Millionen-Defizits durch eine Beitragserhöhung vor. Es kommt bei dem Plan darauf an, zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie eine Brücke zu schlagen. Das es gelingen wird, nicht nur die Mitglieder des Kabinetts, sondern auch die Fraktionen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, muß man allerdings noch abwarten.

## Roggenbeimahlungsangereg

Berlin, 5. März.

Zur Besserung der außerordentlich unbefriedigenden Verhältnisse auf dem Roggenmarkt, sind bekanntlich eine Fülle von Anregungen und Vorschläge gemacht worden, und der Bericht von einem Weizen- und Roggenmarkt und ein Beimahlungsangereg von 60 Prozent Roggen zum Weizen angeordnet werden soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Durchführung dieses Vorschlags einen sehr erheblichen Mehrverbrauch von Roggen zur menschlichen Ernährung und eine wesentliche Einschränkung der Weizenexporte zur Folge haben würde.

Was uns nun unterrichteteter Seite mitgeteilt wird, wird dieser Vorschlag zurzeit im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auf seine Durchführbarkeit geprüft. Es scheint allerdings, als ob die Einführung eines Beimahlungszwanges in der genannten Höhe verschiedenen Bedenken unterliegt. Andererseits wird nicht verkannt werden dürfen, daß eine vollständige Befreiung des Roggenablasses von der vermehrte Verwendung des Roggens zur menschlichen Ernährung sicherstellen.

## Des Fremdes Schuld und Sühne.

Original-Roman von Ludwig Berger.

29

„Als ich in Frau Wislens Manarbenwohnung das Gespräch mit ihren Gatten lenkte, da rief die hartgeprüfte Lebenskämpferin aus: „Aber Sie mir nicht von diesem Scheusal! — Ich denke heute nicht mehr daran, feststellen zu lassen, ob er wirklich tot ist, oder auf einem anderen Schauplatz kein betrügerisches Spiel vorzieht. Die Sache überlasse ich dem eigenen Richter. Was er mir und meinen Eltern wie tausend anderen angetan hat, könnte er auf Erden niemals nach Gebühr büßen.“ Wislens, wie dachte ich Gott, daß Gretchen noch nicht durch der Ehe sein an Axel bunden ist! Doch nun will ich dich nicht länger aufhalten.“ — „Wir gehen gemeinsam nach der Oberförsterei, und ich hoffe, daß dir der Urlaub bewilligt wird. Dann sollst du mit mir nach Talheide reisen und bei den Eltern mein Fürsprecher sein, sollte sie schonend darauf vorbereiten, daß ich noch lebe und sie aller ihrer Sorgen überheben will, um dadurch alte Schuld zu tilgen. So wird es am besten sein. Erweise ich selber schuldig im Ehrenamt, so könnte die Übertragung vielleicht schlimme Folgen haben. Du hast ja an dir selber erfahren, wie so eine Ueberrumpfung den Menschen aus dem seelischen Gleichgewicht zu bringen vermag, selbst wenn er baumtrocken ist und gesunde Nerven besitzt.“

„Ja, ich will mich dir willig und gerne fügen,“ erwiderte der Jäger. „Daß uns jetzt nur ein, denn es beginnt bereits zu dunkeln. Ueber eine Stunde habe ich mich verjüngt, und wie ein Mithrad drauf es in meinem Kopf. Ich glaube, Herr Rogalla hält mich für betrunken.“ Nun betrat er beide das Gefäßszimmer des Oberförstereis und Amtsvorstehers Rogalla. — Er sah gerade in angelegentlichem Gespräch mit dem Sekretär Fering und glaubte aus dem Hintergrunde der Unterredung heraus zu hören, daß diesem etwas zugestoßen sei. — Adoniss Wert müsse gelungen sein — der Wideracher vernichtet.

„Umso unliebsamer war er überläßt, als der Verhaftete nun froh und munter mit seiner Leberlei hereintrat. „Und wer bestelle ich Sie?“ — Das konnte kein anderer sein, als der seltsame Fremde, von dem Fering vorhin bereits im Dorf gehört hatte.

„Ich bitte um Entschuldigung, daß ich unpünktlich war, Herr Oberförster,“ nahm der Jäger das Wort. „Aber ich traf einen Menschen, der mir sehr nahe steht und den ich seit eineinhalb Jahren als tot betrauert habe — Herrn Otto Normann aus Südbairern.“

„Ja, ich bin die Veranlassung gewesen,“ fügte der Freund nach einer kurzen Verweigerung hinzu. „Ich denke, Sie werden Ihrem Hilfsjäger die kleine Mithradengestalt verzeihen, auch, wenn ich Ihnen gleich die Mitteilung mache, daß ich gelassen bin. Ihren Hartung absichtlich zu machen. Mein Freund wird jedenfalls den Fortbestand hier in Teerofen quittieren. Es hängt das noch von dem Resultat einer Besprechung mit seinen Eltern ab. Wir gedachten uns morgen nach dem Moorhof zu begeben, wenn Sie Hartung einen Urlaub von zwei oder drei Tagen bewilligen wollten.“

Ein Leuchtling ging über Rogallas Burgundergesicht: Hartung wollte gehen! — Man würde ihn los, auch ohne Blutvergessen! — Etwas Erwidertes gab es für den alten Herrn ja gar nicht.

„Aber selbstverständlich genehmige ich den Urlaub!“ rief er, sich die Hände reibend, aus. „Ich doch ganz klar! Und offen gesagt, mein nächster Herr aus fernem Landen, mit hiesig ein Stein vom Herzen, wenn Sie einen weniger gefährlichen Vorken für meinen tüchtigen Hilfsjäger in Aussicht hätten. Sie wissen ja wohl, wie viele Fremde er hier hat und daß sein Leben er gefährdet ist.“ Er versteht eben nicht, die Leute von der richtigen Seite anzufassen, und wohl, wie kein anderer, keine Pflicht, läßt es aber oft an der nötigen Besonnenheit fehlen. — Nun, darüber wollte er sich nicht kümmern. — Ich wünschte daher ebenfalls aus christlichem Herzen alles Gute, mein lieber Hartung. — Mit der kleinen Unpünktlichkeit hat das weiter nichts auf sich. Moan die Arbeiter heute eine Stunde

früher ins Wirtshaus gehen. — Dort ist das Geld bereits ausgezahlt. Herr Normann hilft Ihnen vielleicht ein wenig beim Auszahlen, dann mögen Sie heute schon reisen.“

Beide dankten dem so wohlwollend erscheinenden Herrn, und zehn Minuten später verließen sie die Oberförsterei wieder. „Du hast!“ sagte Otto da, daß dem Mann aus dem Fortbestand keine Schwierigkeiten gemacht worden. „Doch mir das wohl. Ich hoffe, du wirst!“ — „Nun der Landwirtschaft und übermüht bimm kurzem den — Moorhof. — Ja, schaue mich doch nicht so bestrüzt an. — Mein Vater ist alt und verbraucht. Ich glaube, er leiste sich lieber heute als morgen an Ort und Stelle. Auf dem Moorhof hättest du deine lahne Gagd, wählst Land- und Forstwirtschaft und würdest dich so recht in deinem Element fühlen.“

„Ich weiß nicht mehr, was ich denken und sagen soll.“ — „Lebste Wilhelm, die Hand an seine schmerzende Brust presst. — Ja, morgen bei deinen Eltern. — Was wird nur werden? — Gretchen, ach, Gretchen!“

VI. Kapitel.

Schon früh am Nachmittag des heutigen Sonnabends hatten Jodowski und Michael sich in der gräßlichen Fort gegeben. Der Gutsbesitzer legte sich abermals an der Gutsbesitzer in einem Hinterhof, da Hartung die ja höchstwahrscheinlich, wie gewöhnlich, passieren würde, nachdem er das Geld von der Oberförsterei geholt hatte. — Der Wirt aber sollte an dem etwa fünfshundert Schritte von hier entfernt befindlichen Söbhangenmoor auf der Lager liegen, da immerhin auch die Möglichkeit bestand, der Jäger könnte den an diesem vorüberführenden Weg einschlagen. So mühte er einem von ihnen beiden unbedingt in die Hände fallen. Heute war der letzte Termin. — Nicht um einen Tag durfte das Wert verschoben werden.

Walle drei Stunden hatten die Zwei nun in immerwährender Unruhe bereits ihres Opfers geharrt.

(Fortsetzung folgt.)

# Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 5. März 1930

**Briefumschlüge.** Die glatte Abwicklung des Briefumschlages ist in letzter Zeit durch erschwerter worden, daß einzelne Briefsteller dazu übergegangen sind, Briefumschlüge mit ungenügenden Umschlägen zu verwenden. Solche Briefumschlüge, die das übliche Maß in der Länge oder Breite oder in beiden Ausdehnungen erheblich überschreiten, lassen sich häufig schon beim Verteilen auf Eisenbahnhöfen oder Orten schwer oder gar nicht einschleusen. Ragen solche ungenügend geformte Umschlüge weit über die normale Größe hinaus, so läßt es sich nicht vermeiden, daß sie umgehoben werden. Dadurch treten aber leicht Beschädigungen ein, deren Vermeidung durch Abänderung oder Empfänger oft zu recht unerwünschten Auseinandersetzungen führt. Deshalb wird allen Briefstellern dringend empfohlen, möglich nur solche Briefumschlüge zu verwenden, deren Größenmaße den vom Normenausschuß der Deutschen Industrie festgelegten Formen entsprechen. Gleichgültig wird wegen Ueberhandnehmens vorchriftswidriger Sendungen erneut darauf hingewiesen, daß das Fenster der sog. Fenster-Briefumschlüge zu durchlöchernd sein muß, daß die Aufschrift leicht gelesen werden kann.

**Zunahme.** Beim Gaufrühjahrkampfe des 5. Bezirgs (Wittenberg) zum 4. Male Siegel! Der Anhalt-Siegl, Züngrau (Kreis Wittenberg) L. 2, erlitt seine diesjährige Spezialität mit einem Gaufrühjahrkampfe in Züngrau am vergangenen Sonntag im Wittenbergschen in Remberg um den Gaufrühjahr. Dieser Kampf, welcher zur Förderung und Übung des Geräterennens eingeführt wurde, besteht schon seit dem Jahre 1927. Es beteiligten sich regelmäßig als 5 Bezirke an diesem Wettkampfe. Der Wittenberger Bezirk konnte den ersten Gaufrühjahr nach dreimaligem Siege erdichtlich erringen. Am Sonntag fand nun der erste Kampf um die Austragung des 2. Gaufrühjahr statt. Nach der Begrüßung durch den Gauvorsitzenden Stadtdirektor Lohmann-Göhen, der der besten Mannschaft den Sieg wünschte, teilten sich die Mannschaften des Bezirgs in zwei Parteien, um in freiwähliger Weise den Wettkampf zu befechtigen. Die Wittenberger Mannschaft, die diesmal besonders gut zusammengehelt war, hatte eine schwere Aufgabe zu erfüllen. Nachdem im vergangenen Jahre der Bezirk Göhen den Kampf jederzeit offen gelassen, brachte diesmal der Bezirk Remberg eine äußerst gut zusammengeheltene Mannschaft auf den Platz. Gegenüber dem Bezirk Remberg gelang es schließlich in den aufeinanderfolgenden Kämpfen ein. Die Wittenberger Mannschaft setzte sich aus folgenden Turnern zusammen: W. B. Wittenberg: F. Jannicke, K. Jannicke, F. Bornemann, Z. Z. Wittenberg: F. Jannicke, G. Meyer, Z. Z. Wittenberg: M. Claus, W. B. Wittenberg: W. Arnold, W. Ralisch und G. Ludwig als Ergänzung. Nach dem ersten Gerät ließ führte Remberg mit 331 Punkten vor Wittenberg mit 303 Punkten. Beim Turnen am Pferd erreichte Wittenberg 303 Pkt., Remberg 303, somit hatte Wittenberg die Führung mit 636 vor Remberg 604. Beim Turnen am Boden wies Wittenberg infolge einiger Fehler wieder 14 Punkte gegen Remberg. Stand: Wittenberg 1006, Remberg 987. Die letzte Übung, Freiwand, brachte Wittenberg jedoch einen Punktvorsprung von 19 Punkten gegen Remberg. Somit war dieser Wettkampf beendet. Sieger wurde der Bezirk Wittenberg mit 1374 Punkten, 2. Bezirk Remberg mit 1337 Punkten, 3. Bezirk Dessau mit 1268, 4. Bezirk Göhen mit 1205 Pkt., 5. Bezirk Jüterbog mit 752 Pkt. In der sich anschließenden Siegerfeier überreichte der Gauvorsitzende der Regierenden Mannschaft die Siegerfahnen und dem Gaufrühjahrsmannschaft die Fahnen der Mannschaften, der Gaufrühjahrsmannschaft die unterlegenen Mannschaften überreichte er ebenfalls herrliche Worte mit der Bitte, im nächsten Jahre wieder eine recht starke Mannschaft aufzustellen, damit der Kampf noch interessanter sich gestalten möge. Mit einem Gutteil auf unser geliebtes Vaterland und auf die Deutsche Jugendenschaft, die sich dem Gaufrühjahr mit so großem Eifer und Resultat der Wittenberger Mannschaften waren: Hendrich 189 Pkt., Dannenberg 185 Pkt., Arnold 179 Pkt., Claus 173 Pkt., Ralisch 170 Pkt., Meyer 170 Pkt., Jannicke 167 Pkt., Bornemann 160 Pkt. Weiter Einzelturner am Pferd: R. Stengel-Remberg, 49 Pkt., am Boden: Stengel-Remberg 55 Pkt., Freiwand: Stengel-Remberg 52 Pkt., am Pferd: W. Arnold 54 Pkt.

**Schmieberg.** Präbitorische Funde in der Dübener Heide. Am Ausreißerreich bei Kleinförstau fand ein Spaziergänger vor kurzen einen Eisenklumpen, den er für einen Meteoriten hielt. Das Geologisch-Paläontologische Institut der Universität Halle stellte jedoch fest, daß es sich um eine sogenannte Eisenfaule handelt, das heißt um Rückstände aus einem vorgeschichtlichen Erz-Schmelzofen. Im Schmelzfaule wurde bei Vaggararbeiten ein gewaltiger fossiler Wirbelknochen aus dem Diluvium zutage gefördert; endlich fanden Arbeiter in der Mulde bei der Kieswälderei Steinbeile von vollendeter Schönheit. Die Funde wurden sämtlich dem Geologischen Institut in Halle zugeleitet.

**Eilenburg.** Infall beim Fußballspiel. Beim Fußballspiel auf einem Eilenburger Sportplatz führte der Spieler Werl mit dem Kopf auf die Schulpfiste seines Gegners, wobei ihm die Kopfhaut zehn Zentimeter aufgerissen wurde.

**Reisterh.** Leichtsinn beim Reinigen mit Benzol. Eine zu Besuch weilende junge Dame reinigte ihre weißen Sandalschuhe mit Benzol. Sie zog die Handschuhe bei der Reinigung an. Um sie dann zu trocknen, ging sie einfach an den Ofen und hielt die behandschuhten Hände vor die Glut. Natürlich entzündete sich das Benzol und schwere Brandwunden waren die Folge der Unachtsamkeit.

**Bad Köstritz.** Glücklich die Stadt. Der Stadtrat nahm in seiner letzten Sitzung den Haushaltsplan für 1930 an. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 141 913,37 Rm. ab. An Zuschüssen werden nach wie vor nur 20 Prozent zur Grundsteuer und 75 Prozent zur Gewerbesteuer erhoben.

**Wartenburg.** 3. März. Am gestrigen Sonntag wurde in Wartenburg der Markt am Markt zu Gabe getragen, der von 1883 bis 1915 der treue Seelherd unserer Gemeinde war. Einer der Ältesten Priester der Provinz ist mit ihm heimgegangen, hat er doch fast das 88. Lebensjahr erreicht. Weit über den Kirchhof hinaus war er als Mensch und Geistlicher bekannt und geachtet. Unter Dorf und Markt mit ihm einen treuen Freund, der bis in die jüngste Zeit mit warmem Interesse in unseren Geschicken teilnahm. Einem großen historischen Interesse verbunden war die Chronik Wartenburgs, die bis in die Ursprünge unseres Dorfes zurückreicht; er schrieb sie zum 100. Schladingsjubiläum. Unvergessen wird er wie seine ganze Familie in der Geschichte unseres Dorfes fortleben.

**Magdeburg.** Achtung! Falsche Fünfmärker. Zu der Falschmachung des Urmachers Wilhelm Hallin und des Arbeiters Friedrich Ballin wegen Herstellung bzw. Verbreitung von falschen Geld wird weiter mitgeteilt, daß inzwischen noch ein Gehepar aus der Werkstatt festgenommen ist, das etwa 40 falsche Fünfmärkerstücke in den Verkehr gebracht hat. Wenn auch ein großer Teil dieser Stücke wieder herbeigeschafft werden konnte, so sind doch noch falsche Stücke im Umlauf. Das Verstehen wird erneut gewarnt, bei Annahme von Fünfmärkerstücken Vorsicht walten zu lassen.

**Magdeburg.** Liebesdrama. Der beim Landwirt Moldenhauer in Boppau (Bezirk Magdeburg) beschäftigte Landwirtschaftsgehilfe Klipp aus Klippe erkrankte seine Geliebte, die 17 Jahre alte Hildegard Spehle, mit ihrem Eisenfieber. Nach der Wiedertreibung Klipp die Klippe gegen 14. 14. Die Angehörigen der Spehle fanden beide in der Scheune tot auf. Der Grund zur Tat dürfte darin zu suchen sein, daß die Eltern des Mädchens den Verkehr mit Klipp nicht billigten.

**Burg.** Auf der Landstraße überfallen. Der Schmied A. Schlenker aus Lössau war abends nach Burg gekommen, um einige Fortbildungskurserinnen nach Lössau zurückzubringen, weil die jungen Mädchen vor ihm nicht über 20 Jahre alt zu sein gestanden hatten. Bei den Baracken, an der Klempner Chaussee, wurde Schlenker, als er sich mit den Schülern auf dem Heimwege befand, plötzlich von einem Manne angegriffen. Er erhielt einen schweren Schlag auf den Kopf. Starblünte schleppte sich Schlenker noch bis nach Klempner und erlittete Angete.

**Alteisen, Reg.-Bez. Merseburg.** Tobbringende Vorrichtung. Auf dem Schuppenplatz verunglückte die 50 Jahre alte Frau des Musikdirektors Nicolai tödlich. Mit einem ihrer Schöne kam sie auf dem Motorrad gestürzt, damit das Motorrad nach Velleben wendete. Um nicht unter das Auto zu kommen, sprang Frau M. ab, geriet jedoch trotzdem unter die Räder, während der Sohn glatt durchkam.

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am 1. März 1930.

11. Teilübernahme der Rattenvertilgungslosten auf die Räumereinfälle. Der Magistrat schlägt vor, pro Grundstück 2 Mark auf die Räumerei zu übernehmen, sodas die Hausbesitzer nur 1 bezog. 150 Mark zu zahlen hätten. Ein Gärtner möchte wissen, ob das Vertilgungsmittel auch bei Mäusen hilft. Ratten hätte er in seinem Grundstück noch nicht gesehen, aber Mäuse wären noch da. Ein Jaekel spricht gegen die Vorlage, es soll erst mal abgemerkt werden, wie die Verhandlungen des Hausbesitzer-Vereins mit dem Landrat ausfallen. Bürgermeister Dieze erwidert darauf, daß nichts zu unternehmen sei. Die Polizeiverordnung sei rechtzeitig erfolgt. Remberg sei noch die einzige Gemeinde, die sich dagegen auflehnt. Er macht sich für die Rattenvertilgung anderer Angehörten des Instituts selbst die Auslegung vornehmen müßten. Bei ihm hätten die Giftkörner auf Ablehnung. Bürgermeister Dieze erklärt, daß ihm zur Vorberatung des Betrages eine Frist gesetzt sei. Wenn die Stadtverordneten die Magistratsvorlage ablehnen, wäre es gewiss, in voller Höhe gegen zu lassen. Er lehnt es aber ab, nachher die einzelnen zu lassen. Er lehnt es aber ab, nachher die Rattenfänge einzusetzen, wenn das Eingehen des Betrages bei den Hausbesitzern böses Blut macht. Die Verantwortung tragen die Stadtverordneten. Die Vorlage des Magistrats wird von den bürgerlichen Stadtverordneten abgelehnt.

12. Beispiele für Dummgeier. Der Turn-Verein beantragt die Aufstellung von Geräten für die Turnhalle, die nur das Turnen der Schulfinder erforderlich ist. Ein Jaekel bittet um Zustimmung. Ein Gärtner fragt, ob es nötig ist, daß die Geräte mit einmal beschafft werden; sie können nach und nach beschafft werden. Ein Richter macht sich gegen die Aufstellung aus. Ein Jaekel führt aus, daß die Stadt für die Turnhalle 6000 Mark bewilligt hätte. Jetzt hätte aber die Regierung 6000 Mark gegeben für die Förderung des Schulturnens, die Stadt

hätte aber nunmehr für die Halle nichts gegeben. Für Geräte würden noch 1900 Mark benötigt, der Magistrat schlägt aber nur 1200 Mark vor. Ein Jaekel fordert, daß die Geräte Eigentum der Schule bleiben müssen. Ein Jaekel erwähnt, daß die Wünsche schon all seien und viel weitgehender gemein seien als jetzt gefordert wird. Die Verammlung bewilligt die 1200 Mark.

13. Zuschlag wegen Brunnenarbeiten. Die Verammlung beschließt, die Arbeiten dem Unternehmer W. Delater zu übertragen.

14. Zuschlag auf ein Grundstücksangebot. Die Verammlung erklärt sich mit diesem einverstanden.

15. Besuch um Schulgebäude und um eine Konfirmationsbeihilfe. Der Arbeiter Hans Selling bittet, ihm das Schulgebäude für seine Tochter, die die gehobene Abteilung besucht, zu erlassen, da er als Erwerbsloser ausgeklübelt sei und keine Unterstützung mehr bekommt. Der Magistrat schlägt vor, den Ertrag des Schulgebäudes abzusetzen, da S. bereits für seinen Sohn eine halbe Freistelle hat. Dieser verläßt Herrn die Schule, die halbe Freistelle soll dann auf die Tochter übertragen werden. Die Verammlung stimmt dem zu. Ein Richter bittet nun aber das Schulgebäude zu stützen bis er in der Lage sei, zu bezahlen. Die Bewilligung einer Konfirmationsbeihilfe lehnt der Magistrat ab, da sonst mit weiteren Anträgen gerechnet werden muß. Ein Jaekel kann sich den Ausführungen des Stv. Richters nicht anschließen. Die Zeiten sind erst und schlecht. Was geschieht aber mit dem Besizer, der sein Vermögen verliert. Wenn er von Haus und Hof geht, wird ihm nicht geholfen. Wenn Mittel vorhanden seien, kann geholfen werden. Eine weitere Belastung mit Steuern ist nicht mehr zu verantworten. Dem Magistratsvorschlage wird zugestimmt.

16. Antrag der Erwerbslosen. Die Lage der Erwerbslosen hat sich in letzter Zeit sehr verschlechtert, ein Einziehen in den Produktionsprozess ist unmöglich. Die Stadt wird gebeten, folgendes zu gewähren: für Verheiratete wöchentlich 8 Pfund Brot, Ledige 4 Pfund Brot, Schulfinder freie Veranmeldung, für die bedürftigen und unterernährten Kinder Milch in der Schule, für die aus der Schule zu entlassenden eine angemessene Beihilfe, die Abgabe von Holz, da der Kauf von Holz und Kohle unmöglich ist, die Arbeitslosen erklären sich bereit, beim Durchforsten der Häuchter mitzuhelfen. Weiterhin möge die Stadt den Bau der Straße Remberg-Bergwitz sofort in Angriff nehmen, damit den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten geboten werden. Beim Landesbauamt den Antrag zu stellen, beim Straßenbau Remberg-Düben hiesige Arbeitslose einzustellen. Die Erwerbslosen stehen auf dem Standpunkt, daß Hilfe nicht durch öffentliche Mittel möglich ist, sondern nur durch Beschaffung von Arbeit. Ein Jaekel nimmt an, daß der Stv. Vorsteher sich mit der Vorlage befaßt hat, es kommen 30 Kinder in Frage, die aus der Schule entlassen werden und 70 Kinder, die Vermittelt benötigen. Die Not unter den Arbeitslosen wird immer größer und die Stadt sollte sein Interesse daran haben, Vorkehrungen zu treffen. Ein Richter bemerkt weiter, daß nach der Reichsverfassung die Verteilung aller Schulfinder mit Schulbüchern vorgelesen sei. Die Stv. Gärtner und Jaekel wollen nur soweit Mittel zur Verfügung stellen, wie sie vorhanden wären. Bürgermeister Dieze erklärt, daß Mittel nicht vorhanden sind. Er wundert sich, daß gerade die Vertreter der Partei sich der Verfassung rufen, die sie am meisten mit Dreck beschreiben, aber sich dann auf sie berufen, wenn sie etwas brauchen. Ein Jaekel verwehrt sich dagegen und erklärt, daß sie für die Verfassung sind. Sie wollen nur das, was ihnen darin zugehörig ist. Bürgermeister Dieze erwidert, daß man beim Leben des Massenkampfes den Dreck zu sehen bekommt, der auf die Verfassung geworfen wird. Die Verammlung beschließt, den Antrag an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung zu geben. Es wird beschlossen, wieder eine Wohlfahrtskommission zu wählen. Die Stv. Quinque Ludwig Jaekel nehmen die Wahl für diese an. (Während der Debatte wurden verschiedentlich Zwischenrufe von den jährlich erschienenen Zuhörern gemacht, sodas der Vorsteher mit Schließung der Verammlung drohte).

Der Waldwarter von Nimig ist vom Magistrat gefündigt worden, da auch die Hünerhaltung der Richtermeister beschuldigt worden hat. Ein Jaekel bittet, aus Billigkeits- und Sozialgründen die Kündigung zurückzuziehen. Ein Gärtner spricht, sich dagegen aus. Der Magistrat wird um Ueberprüfung gebeten.

Ein Jaekel bittet, die Verammlungen in kürzeren Zwischenräumen einzuberufen.

Der Kreis hat eine Wanderausstellung „Hygienische Volksbildung“ für das Kreisgebiet verpfichtet. Auch in Remberg soll sie mehrere Tage geöffnet sein. Die Verammlung erklärt sich damit einverstanden.

Schluß der Verammlung gegen 12 Uhr. Hierauf geheime Sitzung.

# Das Rezept der Scheuerkunst:

Streuen Sie Henkels Ata auf einen feuchten Lappen, und putzen Sie damit den Gegenstand. Spülen Sie gründlich ab, und reiben Sie sorgfältig trocken! Bei Aluminium ist Ata auf einen trockenen Lappen zu streuen. Mit trockenem wechem Lappen wird nachgeputzt. Ata kostet nur 20 Pfennig.



**ATA** putzt und scheuert alles.  
Hergestellt in den weltbekanntesten Persilwerken.



**Vom Leipziger Messengeschäft.**  
Wenn ich auch der geschäftliche Verkehr im Innern der Warenhäuser und innerhalb der Maschinenhallen auf dem Gelände am Ritterplatz absteigt, so läßt doch auf der Straßenfront deutlich erkennen, daß diese Frühjahrs-messe besser besucht ist als die vorjährige. Ob ein von vielen erwarteter Preissturz während der Messe wirklich eintreten wird, ist noch sehr zweifelhaft, da durch die gegenläufige Unterbietung der deutschen Lieferanten und die Konkurrenz des billiger produzierenden Auslandes die Preise aufs äußerste gedrückt sind.

Der rein geschäftliche Besuch ist in allen Maschinenhallen der gleiche geblieben, hat aber vielfach auch noch zugenommen. Evident ist besser geworden gegenüber dem Vorjahre ist die Nachfrage und das Interesse in der Spielwarenindustrie. Charakteristisch ist das vermehrte Interesse für Jinnfoliäten, Kinderuniformen und auch wieder für Indiarerlebung und Ausrüstung, einen seltsamen Reiz von Kinderromantik. Abgesehen von einzelnen Anfangserfolgen besonderer Neuheiten dient der Besuch der Leipziger Messe bei der Fülle der ausgestellten Objekte

noch immer vorwiegend einer Orientierung. Nicht ohne Grund hat man die Dauer der Leipziger Messe auf 1 1/2 Woche erweitert. Vorläufig scheint die Leipziger Messe noch nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

**Kommunisten und Leipziger Waffendiebstahl**

Leipzig, 5. März.

Von der Kriminalpolizei Leipzig wird uns wie folgt berichtet: Die ununterbrochen fortgeführten kriminalpolizeilichen Ermittlungen in der Waffendiebstahlsache haben vorläufig folgendes Ergebnis gehabt: Gena Erde Senar d. S. hat der Karliangestellte K e f n e r, der bei der Lagerverwaltung der Reichswehr beschäftigt war und sich in Gelschwerigkeiten befand, auf dem Büro der Sächsischen Arbeiterwehr im Franz-Mehring-Haus die Waffen der Reichswehr dem Stadterordneten Hofmann zum Kauf angeboten. Als Preis für den Vorrat wurden von R. 2000 Mark gefordert. Hofmann erklärte ihm, die Sache sei schon zu machen, aber er selbst wolle nichts damit zu tun haben.

Vielmehr vermittelte er eine Bekanntschaft zwischen Kefner und dem Mitglied der Kommunistischen Partei und früheren Rotfrontkämpfer Ernst D ö r i n g, der im wesentlichen die Verhandlungen geführt und dem K. noch vor Ausführung des Diebstahls 300 RM übergeben hat. Nach der Zeit hat Döring dem K. weitere 500 RM übergeben. Die restlichen 1200 RM sollte K. noch erhalten.

Die Waffen sind bereits am Abend des 22. Februar mittels eines Chevrolet-Luftkraftwagens unmittelbar aus dem Lagergebäude heraus abtransportiert worden. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Behauptung, der ganze Diebstahl ginge auf die Tätigkeit eines S p i e l e r zurück, jeder Begründung entbehrt. Vielmehr war der erste Anlaß zu dem Diebstahl die Gelbnot des Herrn Kefner, der zweifellos über seine Verhältnisse gelebt hat. Döring und Kefner sind festgenommen worden und werden, wie die übrigen an der Sache Beteiligten, dem Herrn Oberreichsanwalt zugeführt, der von ihm aus die Bestellung eines Untersuchungsrichters in dieser Angelegenheit beantragt hat.

**Erlennutzholz-Versteigerung**

**Sonnabend, den 15. März 1930, 11 Uhr, im Auktionslokal von Bad Schmiedeberg (Bez. Halle a. S.) aus der hiesigen Stadtförsterei, District 30b und c (R. Weg) und 34a (Pfabler), etwa 80 z. T. starke Erlennstämme mit 30 fm und 315 rm Erlennstämme und Knüppel (2 m lang, rund). Bedingungen im Termin.**

Bad Schmiedeberg, den 3. März 1930

Der Magistrat

**Zwangs-Versteigerung**

**Donnerstag, den 6. März, mittags 12 Uhr, versteigere ich im Gasthof zu Zubast**

1 Stamm gechnittenes Kiefernholz (Plugholz)

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung

Helfige, Volkziehungsbeamter

**Donnerstag, den 6. März, 12 Uhr mittags wird im Zubast**

1 Stapel fliegender Bretter 1/4" meistbietend gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert

Sammelpunkt: Gasthof Zubast

Hilfsverwaltungsstelle d. Finanzamtes

**Zwangs-Versteigerung.**

**Am Donnerstag, den 6. März 1930, versteigere ich um 3 Uhr in Kemberg (Hotel Blauer**

Recht:

1 Grammophon mit 20 Platten,

1 Kaffemaschine, 1 Posten Möbel,

37 Dührer

Schulz, Gerichtsvollzieher fr. A.

**Achtung!**

hausfrauen v. Kemberg u. Umgegend

Donnerstag früh an der Weintraube

blutiger Schellfisch

3 Pfund 1,10 Mark

grüne Heringe (kleine Schweden)

3 Pfund 85 Pfennig

Apfeln das Feinste vom Feinen

18 oder 16 Stück 1 Mark

Blumenohl 3 Stück 1,20 Mark

Weißkraut 10 Pfund 70 Pf.

Bratheringe und Heringe in Gelee

2 Pfund Dose 85 Pfennig

Senfgrün 2 Pfund Dose 85 Pf.

Gustav Bernhard, Eisenburg

Ein Paar neue

Herren-Schnurshuhe

(Größe 39) preiswert zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

**Radfahrer-Berein Germania**

Morgen Donnerstag im Schützenhaus

**Versammlung**

Freiw. Feuerwehr

Donnerstag, den 6. März, abends 8 Uhr

pünktlich im Saale des Hotel „Blauer

Recht“

**Exerzieren**

aufstehend

**Versammlung**

betr. Einteilung der Spritzen-

bedienungen.

Wir erwarten das alle Kameraden pünktlich erscheinen

Der Oberbrandmeister

**Der Stahlhelm**

Bund der Frontsoldaten

Sonnabend, den 8. März,

abends 1/9 Uhr im Palmbaum

**Versammlung**

Der Ortsgruppenführer

**Schützenhaus**

**Freitag und Sonntag**

abends halb 9 Uhr

**Erstaufführung**

Der unerhörteste, wirksamste Publikumsfilm, den minutenlange Demonstrationen, Hochrufe und Beifall bei offener Szene bei der Berliner Uraufführung begleiteten.

**Das gehaltvollste bisher auf den Markt gebrachte deutsche Filmwerk**

**Primanerliebe**

Eine Schillertragödie

Eltern, Lehrer, alle, denen die Erziehung der Jugend anvertraut ist, sollten es nicht versäumen, diesen wertvollen Film zu beschichtigen. Trotz der ersten Handlung überstrahlt das Filmwerk ein echter Humor, so daß das ganze Haus von hellem Gelächter erschallt. In verborgener doch spürbarer Tendenz behandelt der Film die großen und kleinen Nöte unserer Jugend, jene Leidenstragen, die sonst als Schillersebstmorde ihren Abschluß finden.

Außerdem: Tom Tyler in dem großen Wildwestfilm

**Die Goldmine von Texas**

oder Das Geheimnis eines Armbandes. 5 spannende Akte

Eintritt am Freitag für alle Plätze 70 Pf.

**Sonnabend Unterhaltungsmusik**

Stimmung wie immer

**Anstich von Schultheiss-Urbock**

Für die uns zu unserer Vermählung dargebrachten Gratulationen und Geschenke sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.

Hermann Thiele und Frau

Margarete geb. Derksen

Kemberg — Friedrichstadt

**Danksagung.**

Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, der Witwe

**Ernstine Braun**

sagen wir allen im Namen aller Hinterbliebenen herzlichsten Dank.

Familie Horn

Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir dem Krieger-Verein für das ehrenvolle Geleit. Dank auch Herrn Pfarrer Schulze für die trostreichen Worte sowie Herrn Kantor Herrig nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

Familie Leutnitz, Rotta

**„Blauer Hecht“**

Markt

Am Sonntag, abends punkt halb 9 Uhr

Ein besonders gut zusammengestelltes Doppelprogramm

**Die Einzigen — Die Unerreichten**

Die beiden amerikanischen Pat und Patachons in ihrer zwerchfellerschütternden Grotteske

**Riff und Raff, die Frauenhelden**

Eine Alpenkomödie, über die Sie Tränen lachen werden. Diese urkomische Grotteske spielt am Ende des Weltkrieges in den Alpen. Sie ist eine Lachsensation ersten Ranges. Die beiden urkomischen Gestalten, die schon an und für sich zum Lachen reizen, werden in ganz neuen grottesken Situationen und Verwicklungen gezeigt, verbunden mit abenteuerlichen, aufregenden Sensationen, die die Zuschauer packen und vollkommen in ihren Bann ziehen.

Florence Vidor in einem der größten internationalen Artistenfilme

**Artistenliebe**

Tänzer, Akkrobaten, Mimiker, Zauberer und Taschenspieler. — Ein ganzes erstklassiges Variété-Programm bildet den Hintergrund zu diesem Drama. Dieser Großfilm, welcher im internationalen Artistenleben spielt, ist besonders interessant dadurch, daß diesmal die russischen Artisten mit ihren ganz eigenartigen Künsten gezeigt werden. Deshalb hebt sich dieser Film stark aus dem Rahmen der übrigen Variété-Filme heraus.

Morgen Donnerstag früh 1/8 Uhr

**Speck-Ruchen**

Nachmittag von 1 Uhr an  
**Schaum- und Fasten-Brezeln**

Bäckerei Matthes

**Radio-Apparat**

(Siemens) 4 Röhren mit Lautsprecher und Batterie für 55.—M. zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Btg

**Wanderer-Motorrad**

2 Zylinder, 611 ccm, mit elektr. Licht und reichlich Zubehör.

**N. S. U.-Motorrad**

500 ccm, 2 Zylinder, Blodgetriebe für Mk. 300.— zu verkaufen, evtl. Teilzahlungen auf beide Maschinen.

Auto-Kühn, Kemberg

Leipziger Neumarkt

**Arbeitsburischen**

(Dienstage) sucht zu Oftern

H. Oufheil, Maschinenbau

Heute nachmittag 1/3 Uhr verschied nach schwerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Henriette Seifert**

geb. Kotsch

im 60. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetriibt an

Die trauernden Hinterbliebenen

Rotta, den 4. März 1930

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr statt.

Eine gute frischmilchende Kuh mit Kalb steht preiswert zum Verkauf bei Ewald Ballmann, Viehhandlung

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Mittwochs-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — In alle Fälle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmefälle 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Niederlage unbedeutlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Laubenzug, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, gegen Ende Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 27

Donnerstag, den 6. März 1930

32. Jahrg.

## Sonnabend, den 8. März Kram- und Viehmarkt

in Kemberg.  
Der Auftrieb beginnt um 8 Uhr.  
Kemberg, den 3. März 1930.

32] **Der Magistrat.**

## Steuern.

Die für den Monat März fälligen Grundvermögens- (Grund- und Gebäudesteuern) Hauszins- und Stadtsteuern, sowie fällige Reste aus Vormonaten sind des Jahresabchlusses wegen bis Sonnabend den 15. März bei unserer Kämmererei einzuzahlen.

Für alle nach dem 15. März eingehenden Beträge müssen 10 vom Hundert Verzugszinsen erhoben werden.

Kemberg, den 4. März 1930.

33] **Der Magistrat.**

## Neues in Kürze.

\* In den Regierungskreisen wird eifrig daran gearbeitet, die Gegensätze zu den auseinanderstrebenden Parteien zu überbrücken und so die Krisis zu überwinden.

\* Ministerpräsident Lardieu hält eifrig Vorlesungen ab, die dem Zwecke dienen, ein neues Steuersystem für Frankreich zu schaffen.

\* Die Lage in Spanien hat sich in den letzten Tagen erheblich verschlechtert, so daß mit einem Militärputsch Berechnungen gerechnet werden muß.

\* Für den 6. März planen die Kommunisten überall große Demonstrationen, denen aber die Polizei wohlgerüstet gegenübersteht.

## Krisis um hundert Millionen?

Hundert Millionen sind keine Kleinigkeit. Sie bedeuten auch im Reichshaushalt, bedeuten für den Steuerzahler eine erhebliche Summe Geld. Aber diese hundert Millionen sind kein Beitrag, um deswillen eine Krise sich lohnt. Um diese hundert Millionen geht es aber jetzt. Es fehlen hundert Millionen für die Sanierung der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930. Wie diese hundert Millionen zu beschaffen sind, um der Reichsanleihe über ein sehr schwieriges Jahr hinwegzuhelfen, darum geht jetzt der ganze Streit. Über jedenfalls: diese hundert Millionen sind der sichtbarste Ausbruch dieses Streites. Die Volkspartei will hundert Millionen einsparen durch eine Reform bei der Arbeitslosenversicherung. Auf der anderen Seite wird ein sogenanntes Notopfer gefordert. Welcher Mittelweg gefunden wird, läßt sich noch nicht übersehen. Eins aber ist sicher: Eine Krise darf es um dieser hundert Millionen willen nicht geben. Denn sonst könnte es sehr leicht passieren, daß eine Wirtschaftskrise eintritt, die ein Vielfaches von den hundert Millionen bedeuten würde. Die Schäden für die Wirtschaft wäre, bei Nichtbefolgen, so groß, daß man hinterher sich nur wundern würde, wie ein solcher Streit solche Wirkungen haben konnte.

Der Ausgangspunkt des Streites ist die Arbeitslosenversicherung. Wir haben im Herbst vorigen Jahres Reformen durchgeführt, die, wie sozialpolitische Sachverständige erklären, dahin geführt haben, daß eine Million Arbeitsloser weniger Unterstützung beziehen als vormals. Wir haben rund vier Millionen Arbeitsuchende. Davon werden rund 3 1/2 Millionen durch die Arbeitslosenversicherung erfasst, und 2 1/2 Millionen beziehen Arbeitslosenunterstützung. Die Entlastung der Reichsanleihe um diese eine Million bedeutet nun aber keine Entlastung überhaupt, sondern diese Million fällt zu einem sehr erheblichen Teil der Volksschuldschulden der Kommunen zur Last. Das sind diejenigen, die in der Krisenhitze leben, zu der auch die Gemeinden beitragen müssen. Denn das ist doch klar, daß keine Partei, möge sie heißen, was sie will, die Arbeitslosen unterlassen lassen kann. Sollen nun noch einmal Reformen der Arbeitslosenversicherung versucht werden? Daß in der Verwaltung noch nicht alles in Ordnung ist, das darf man ruhig behaupten. Das ist auch gar kein Wunder, und man braucht auch gar keine Schuldfrage deshalb zu stellen. Denn eine Verwaltung, die 3 1/2 Millionen Menschen zu betreuen hat, die auch eine Arbeitsmarktpolitik außerdem treiben soll, und die in so kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurde, kann gar nicht fehlerlos arbeiten. Menschenwerk bleibt Menschenwerk. Und selbst das beste Gesetz würde diesen Zustand wohl kaum ändern. Natürlich gibt es Entsetzliche, und wenn man den Anregungen feinerzeit gefolgt wäre, die eine Aufteilung der Arbeitslosenversicherung in Gefahrenklassen

verlangten, wäre sicherlich manches besser. Wie die Dinge aber jetzt liegen, bedeutet eine neue Einparung eine Leistungsminderung, und das kann man den Vertriebenen sehr schwer zumuten.

Es muß aber weiter bedacht werden, daß dieses Jahr 1930 besonders kritisch ist. Einmal steht dieses Jahr unter der Auswirkung des Konjunkturfalles. Schon mehrten sich die Zeichen, daß es wieder aufwärts geht. In welchem Tempo und in welchem Maße, darüber ist Prophezeien sehr schwer. Zum anderen aber kommen in den nächsten Jahren die geringen Kriegsgeburtensjahrgänge auf den Arbeitsmarkt, der dadurch entlastet wird, und dadurch wird auch die Arbeitslosenversicherung entlastet. Das Jahr 1930 ist also als ein Sonderfall in einem Sonderjahr anzusehen.

Nun ist der Gedanke des Notopfers der Beamten und Festbediensteten aufgetaucht. Eine endgültige Formulierung hat dieser Plan noch nicht gefunden, und man kann deshalb über ihn nur sprechen, soweit er bekannt geworden ist. Es ist natürlich einmal ein ethisch nicht zu beireitender Gedanke, daß diejenigen, die von den Gefahren der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht betroffen sind, in diesem Sonderfall einmal einen besonderen Beitrag leisten, und man könnte sich sehr gut vorstellen, daß



Die Situation ist vor wie nach ungelöst, wenn auch der Bruch der Koalition, der vielfach erwartet worden ist, vorläufig noch einmal vermieden, oder vielleicht auch nur hinausgeschoben worden ist. Es scheint eben jeder Minister vor der Verantwortung zurück, die in der augenblicklichen außerordentlich schwierigen Lage auf jedem Einzelnen ruht. Daher wird immer und immer wieder nach einem Wege gesucht, der sowohl dem Verlangen des Zentrums nach Festlegung der Pläne für die Sanierung der Reichsfinanzen und der Reichsanleihe entspricht wie auch dem Verlangen der Deutschen Volkspartei nach Unterbrechung jeder weiteren Belastung des Einkommens ober des Vermögens.

Dabei ist die Hoffnung auf eine endgültige Einigung in letzter Minute äußerst gering, sie besteht auch nur in dem sorgenden Gedanken an die Folgen eines Bruches für die weitere Entwicklung unserer politischen Verhältnisse. Scheidet die D.V.P. tatsächlich aus der Koalition aus und zieht ihre Minister aus dem Kabinett zurück, so ist mit der Definition des Gesamtkabinetts zu rechnen, und da die Weimarer Koalition bestimmt keine dauerhafte und festen Mehrheitsverhältnisse darstellen wird, so muß in diesem Falle mit Neuwahlen gerechnet werden, eine Tatsache, die außer den äußersten Flügelparteien von niemanden zurzeit gewünscht werden wird. Daß außer den innenpolitischen Wirren, die dann selbstverständlich sich bedrohlich vergrößern werden, auch außenpolitisch für Deutschland sehr schwere Verhältnisse entstehen werden, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

**Reichsausschuß der D. V. P. gegen das Notopfer.**  
Ueber die Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei teilt die Nationalliberale Korrespondenz folgendes mit:

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei trat zu einer zahlreich besetzten Sitzung im Reichstagsgebäude

zu. Die politische Lage erlittete der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Dr. Schulz. Er hob den großen Ernst der politischen Lage hervor und bezeichnete unter der stürmischen und einstimmigen Zustimmung des Reichsausschusses die Finanzreform als einen Finanzreform mit dem Ziele, die deutsche Produktion zu entlasten, die Kapitalbildung zu fördern und den Arbeitsmarkt zu beleben, für das politische Kernproblem.

Am Anfang dieser Reform dürfe logischerweise keine Erhöhung der direkten Steuern stehen, auch nicht in der verschleierten Form eines sogenannten Notopfers der Festbediensteten, dessen Verwirklichung die Zukunft höchst zweifelhaft ist, dessen Wirkung aber in einer Hinsicht die dringend notwendigen inneren Sanierung der Arbeitslosenversicherung bestehen würde.

Die überaus heifällig angenommenen Darlegungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer bewegten sich in gleicher Richtung.

In der Aussprache an der sich Vertreter aus allen Teilen des Reiches beteiligten, untertrifften sämtliche Redner ohne Ausnahme die Richtigkeit dieser Auffassung auf das Lebhafteste. Ebenso allgemein und überzeugend kam zum Ausdruck, daß das deutsche Volk an einem Wendepunkt stehe, der über Leben und Sterben seiner Wirtschaft entscheide. Die Partei müsse deshalb im Interesse der künftigen Zukunft unbedrückt an dem jetzt eingeleiteten Kurs festhalten.

In seinem Schlusswort konnte Dr. Schulz unter dem sich erneuernden lebhaften Beifall der Versammlung die absolute Einmütigkeit des ganzen Reichsausschusses in dieser Frage feststellen.

## Auch die Demokraten sagten.

Die demokratische Reichstagsopposition sah nach vierstündiger Beratung einen Beschluß, in dem es u. a. heißt: Die Fraktion beschließt sich nicht der Ansicht, daß namentlich durch die sogenannte lex Schacht zur Deckung des Reichsdefizits eine Erhöhung der Steuern für das Jahr 1930 unabweisbar ist. Sie erhebt gegen das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers keine grundsätzlichen Einwendungen; dagegen lehnt sie es ab, in eine Erhöhung der direkten Steuern zu willigen, nachdem noch vor kurzem die weitestgehende Uebererhöhung über die Notwendigkeit der verstärkten Kapitalbildung konstatiert und demgemäß die Senkung dieser hemmenden Steuern von der jetzigen Regierung und insbesondere von dem bisherigen sozialdemokratischen Reichsfinanzminister angefangen worden ist. Sie teilt auch die ersten Bedenken gegen das sogenannte Notopfer der Festbediensteten.

## Ein Kompromißvorschlag.

Die Fraktion würdigt jedoch den ungeheuren Ernst der Lage, den die Krisis der Reichsfinanzen und die Arbeitslosigkeit immer weiter vermehrenden Konjunkturrückgang, die unübersehbare Lage der Reichs-, Länder- und Gemeindefinanzen, die wachsenden tabakalen Strömungen. Eine Regierungsstiftung in diesem Augenblick droht eine Katastrophe heraufzubeschwören. Die Fraktion bittet das Reichsfinanzministerium, die Salbung des Ministers Dietrich und bittet ihn, auch weiterhin auf eine die Krisis vermeidende Verständigung hinzuwirken.

Es stellt, um zu einer solchen beizutragen, die Frage zur Erörterung, ob nicht ohne Nachteil für die Kapitalbildung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch einen einmaligen und provisorischen Notbeitrag zur Vinderung der gegenwärtigen Finanznot beitragen und zugleich einer künftigen wirklichen Finanzreform den Weg bereiten könne. Dabei müßte gewährleistet werden, daß die Mehrzahlung im Jahre 1931 rückwirkend ist, etwa in der Weise, daß dafür eine Reichsanleihe ausgeschrieben wird, die bei der Steuerentrichtung im Jahre 1931 in Zahlung genommen werden muß. Dabei wäre gleichfalls festzustellen, daß die Geldentlastung des Haushalts im Jahre 1931 (durch Wegfall der 450 Millionen Ausgaben) zu einer Senkung der direkten Steuern bewirkt wird.

## Die Sitzung des Reichskabinetts.

Anstalt wird mitgeteilt: In einer Ministerversammlung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers wurde über die Debatte der Reichstagsopposition über den Reichshaushaltplan 1930 beraten. Die Verhandlungen über die Steuererhöhung und Steuererleichterungsmaßnahmen für 1931 und die damit zusammenhängenden Fragen werden fortgesetzt.

## Man ist wieder zuversichtlich.

Nach der Ministerversammlung wird in Regierungskreisen die Lage wieder etwas zuversichtlicher beurteilt. Jedenfalls soll nichts unerquicklich bleiben, um eine Krise zu vermeiden. Bemerkenswert ist, daß in der amtlichen Verlautbarung über die Ministerversammlung, an der übrigens Minister Curtius teilgenommen hat, zum ersten Mal von einer Steuererhöhung für 1931 die Rede ist. Gerade an diese Tatsache knüpft sich bei den übrigen Regierungsparteien die Hoffnung, daß der Widerstand der Deutschen Volkspartei doch noch in irgendeiner Form überwinden werden könne. Man glaubt im übrigen, daß falls im